



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/EX/258 - 13.11.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039 890

Bundswahlgesetz erst in zwei Jahren?	S. 1
Die Enthüllungen Swiatlos	S. 3
CSU und die bayerische Lehrervereinigung	S. 4
Zum 75. Geburtstag von Emil Stahl	S. 6

Druckmittel Wahlgesetz

sp - Sowohl während der Auseinandersetzungen um das Wahlgesetz für die Bundestagswahlen von 1953 als auch Anfang dieses Jahres versicherten ausser der Opposition auch die Koalitionsparteien, dass im ersten Jahr dieser Legislaturperiode das neue Wahlgesetz verabschiedet werden müsste. In den damaligen Erklärungen wurde der "deutschen Wählergesellschaft" darin Recht gegeben, dass "ein reichlich erwogenes, gutes und für die Dauer geltendes Wahlgesetz" geschaffen werden müsse. Weder die Regierung noch eine der Koalitionsparteien haben jedoch bisher die Initiative ergriffen. Das Gegenteil ist eingetreten.

In der letzten Kabinettsitzung "kam die Meinung zum Ausdruck", das neue Wahlgesetz sollte "mindestens ein Jahr vor Ende der Legislaturperiode" verabschiedet werden. Mit anderen Worten: das Schauspiel des Jahres 1953 soll sich wiederholen. Und das, weil der Bundeskanzler das Wahlgesetz als Druckmittel braucht, um seine Koalitionspartner zusammenzuhalten. Ein diesen Partnern genehmes Wahlgesetz ist das Versprechen, mit dem er die Gemüter besänftigt, und ein auf die reine Mehrheitswahl hinauslaufendes Wahlgesetz ist die Drohung, die den Koalitionspartnern angedeutet wird, wenn sie in der Abwesenheit ihres Chefs einmal wieder mannhafte Reden gehalten haben.

Das Wahlgesetz wird dadurch in einer unerträglichen Weise ein Teil taktischer Züge in der Koalitionspolitik. Wer gedacht hat, der Wahlerfolg des 6. September 1953 würde die CDU/CSU diesmal veranlassen,

von vornherein auf den Versuch eines Machtsicherungsgesetzes zu verzichten und - anders als im Jahre 1953 - zur Schaffung eines auf die Dauer lebensfähigen Wahlgesetzes bereit zu sein, hat sich getäuscht. Der Grund für die passive Haltung der CDU/CSU in der Wahlrechtsfrage liegt nämlich nicht nur in dem Versuch, das Wahlgesetz als ein Pressionsmittel einzusetzen, sondern die Rückschläge, die die CDU bei den Landtagswahlen hinnehmen mußte, haben bereits zu der Überlegung geführt, ob man nicht 1957 noch einmal den Versuch machen könnte, durch die Konstruktion des Wahlgesetzes politische Verluste zu kompensieren.

Die Opposition wird nun initiativ werden müssen, um die Gefahr auszuschließen, dass einmal mehr das Wahlgesetz Teil des Wahlkampfes wird und um sicherzustellen, dass die Reform des Wahlverfahrens endlich in Angriff genommen wird, wie es Ende März von den Sprechern aller Koalitionsparteien in Beantwortung einer Umfrage der deutschen Wählergesellschaft versprochen worden ist. Wenn das Wort, dass letztlich jede Regierung kurz vor dem Ende ihrer Amtszeit eine Wahlrechtsreform mache, um sich am Leben zu erhalten, in der Bundesrepublik zutreffen würde, dann könnten wir alle Hoffnungen auf eine Festigung unserer parlamentarischen Demokratie aufgeben. Die im Artikel 20 des Grundgesetzes festgelegte Staatsgewalt des Volkes würde zur reinen Fiktion.

Zumindest nach dem 6. September 1953 war zu erwarten, dass die CDU/CSU den Mut hat, diesen Gefahren entgegenzutreten und sich unverzüglich der Entscheidung über das neue Wahlgesetz zu stellen. So lange weder die CDU noch die Regierung in der Wahlrechtsfrage initiativ werden, haben die von Dehler zitierten Äußerungen des Bundeskanzlers, dass Dr. Adenauer "ein faires Wahlrecht will", das die Stimmengerechtigkeit gewährleistet" nur theoretischen Wert. Sie werden völlig wertlos, wenn es dabei bleibt, dass frühestens erst 1956 über das Wahlgesetz entschieden werden soll. Denn wie es mit der Fairness und dem Gerechtigkeitsinn bei Wahlgesetzentwürfen kurz vor neuen Wahlen aussieht, haben wir 1953 bei den Entwürfen der CDU/CSU erlebt.

Licht in das Dunkel "volksdemokratischer" Praxis

O.H. Von den Überläufern aus den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang hat der kürzlich aus den kommunistischen Polen nach dem Westen gegangene Vizedirektor des 10. Departements im Warschauer Sicherheitsministerium, Oberstleutnant Josef Swiatlo, wohl die bisher eingehendste Aufklärung über die Methoden "volksdemokratischer" Sicherheitspolitik gegeben. Der Name Swiatlo bedeutet zu deutsch Licht, und das von diesem hohen ehemaligen Sicherheitsfunktionär in das Dunkel volksdemokratischer Praxis geworfene Licht reicht bis in die höchsten Spitzen des Staates und der Partei.

Die durch Swiatlo bekanntgewordenen Einzelheiten über das Schicksal des 1951 in Warschau verschwundenen - und jetzt unter dem Zwang der Enthüllungen freigelassenen - Amerikaners Hermann Field sind hierbei noch nicht einmal die interessantesten. Durch die Enthüllungen Swiatlos im Falle Field wird immerhin die seit langem bekannte Tatsache der Ausschaltung der Staatsanwaltschaft in Fällen, von welchen die "Volksdemokratie" diplomatische Verwicklungen befürchtet, bestätigt. Dieser in der internationalen Öffentlichkeit viel diskutierte Fall Field war nämlich vom Warschauer Regime der Staatsanwaltschaft ganz entzogen worden und dem damaligen Staatspräsidenten Bierut und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Jakob Berman persönlich unterstellt.

Viel aufschlussreicher sind die durch Swiatlo bekanntgewordenen Einzelheiten über den moralischen Zwang, der in den einzelnen Schichten der kommunistischen Herrschaft ausgeübt wird. Karteien mit belastenden Angaben über die Funktionäre der kommunistischen sogenannten Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (PZPR) werden je nach der Funktion gesondert geführt: Für niedere Funktionäre bis zum Wojewodschaftssekretär befindet sich diese Kartei in der 10. Abteilung des Wojewodschafts-sicherheitsamtes, über höhere Parteiantsträger wird das belastende Material in der gleichen Abteilung des Sicherheitsministeriums, dessen Vizedirektor Swiatlo war, zusammengetragen, während diese Kartei über die Mitglieder des Politbüros persönlich dem nunmehrigen Ersten Parteisekretär Bierut untersteht. So gibt es in der Politbürokartei auch eine Karteikarte über den neben Bierut als stärksten Mann in Polen geltenden Berman, was ihm jedoch bisher nicht bekannt war; er selber aber kontrolliert die Kartei im Sicherheitsministerium. So bespitzelt

einer den anderen bis in die höchsten Spitzen des Staates und der Partei.

Besonders peinlich für das Warschauer Regime dürften die Enthüllungen Swiatlo über den Chef des Sicherheitsministeriums Radkiewicz sein, der ein Freund des 1951 in Ungnade gefallenen ehem. Generalsekretärs der Partei, Gomulka, war. Als Gomulka verhaftet wurde, fand Swiatlo bei ihm ein an das Politbüro gerichtetes Schreiben Radkiewiczs vor, in welchem dieser reumütig bekennt, vor dem Kriege dem Kommunismus abg schworen zu haben und sich für unwürdig hält, weiterhin Mitglied des Politbüros zu sein. Dieses von Gomulka seinerzeit einbehaltene Schreiben wurde Bierut zugeleitet, der darauf Swiatlo persönlich verbot, jemals darüber zu sprechen. Radkiewicz blieb im Amte, Bierut aber hatte ein neues schwerwichtiges Argument gegen einen seiner nächsten Mitarbeiter in der Hand, der ihm jetzt umso gefügiger sein musste. Aus diesem Abhängigkeitsverhältnis heraus erklärt sich auch das damals so rücksichtslose Vorgehen Radkiewiczs gegen seinen früheren Freund Gomulka und dessen Anhänger.

An dem Beispiel Radkiewicz offenbart sich die ganze Unwahrhaftigkeit und Erbärmlichkeit des kommunistischen Regimes: Eine Kompromittierung wird keinesfalls belastend, sondern führt im Gegenteil zur Festigung der Position des Betroffenen, weil er jetzt unter dem Zwang der auf ihm lastenden Schuld gezwungen ist, gefügiges und ungefährliches Werkzeug zu sein.

+ + +

Lehrerbildung und bayerischer Wahlkampf

H.Pf.München

Wie in allen Ländern der Bundesrepublik sind auch in Bayern schulpolitische Fragen Angelpunkt der kulturpolitischen Auseinandersetzung. Darum stehen diese Fragen auch im Vordergrund der Diskussionen zwischen den Parteien im Landtagswahlkampf. Es ist das Problem der Lehrerbildung, an dem sich die Geister hier scheiden. Auf der einen Seite fordert die CSU eine rein konfessionelle Lehrerbildung auf eigenen pädagogischen Anstalten, während alle übrigen Parteien - wenn man von der Bayerpartei absieht, bei der auch in dieser Frage die Rechte nicht weiss, was die Linke tut - auf einer Ausbildung der Lehrer an Universitäten

nicht getrennt nach Konfessionen bestehen.

Der bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverein, dem mehr als 21 000 von insgesamt 26 000 Lehrern und Lehrerinnen in Bayern angehören, ist auf eine recht gute Idee gekommen, um die politischen Parteien vor den Landtagswahlen zu einer Stellungnahme zu bringen. In allen Teilen des Landes veranstalten die Lehrer Versammlungen, zu denen Landtagsabgeordnete aller Parteien eingeladen werden. Jeder Parteivertreter ist aufgefordert, den Standpunkt seiner Partei zu vertreten.

In diesen Versammlungen bringen die Sprecher der Lehrer mehr oder weniger scharf pointiert zum Ausdruck, dass eine Schule geschaffen werden müsse, die der kulturellen Veränderung unseres Lebens gerecht wird. Sie fordern Ausbildung der Lehrer an freien Universitäten, ein gut ausgebautes Schulsystem und eine Schulgesetzgebung im Geiste der Toleranz und des Fortschritts. Die Vertreter der SPD, des BHE und der FDP unterstützen diese Forderungen. Selbstverständlich ist der CSU die Vertretung ihres Standpunktes einer rein konfessionellen Lehrerbildung reichlich schwierig. Aber die CSU macht sich die Sache leicht, indem sie in den allermeisten Fällen diesen Aussprachen mit den Lehrern fernbleibt. Die Haltung der Bayernpartei ist zwiespältig. Während Georg Bantele in Bayreuth am 6. November bei den Lehrern erklärte, die "Ausbildung der Lehrer könne nur an Universitäten erfolgen" und die "BP lehne jegliche konfessionelle Spaltung ab", tönte der Landeschef der BP, Dr. Baumgartner, am 8. November in Dachau, dass die "konfessionelle Lehrerbildung und die Bekenntnisschule Grundlage jeder christlich-bayerischen Erziehung" seien.

Aber auch die CSU ist in ihren Forderungen auf konfessionelle Lehrerbildung recht sanftmütig geworden, nachdem eine von ihr eingeleitete Meinungserforschung ergab, dass 63 Prozent der Befragten sich für die Gemeinschaftsschule entschieden. Das Problem der Lehrerbildung aber wird ein wichtiges Stück der Verhandlungen sein, die nach dem Wahltag beginnen, um eine neue Regierung in Bayern zu schaffen. Es wird dabei hart hergehen.

Emil Stahl - 75 Jahre

Am 17. November begeht der ehemalige Reichstags- und preußische Landtagsabgeordnete Emil S t a h l, in Frankfurt a.M. - Sachsenhausen, seinen 75. Geburtstag. Ein geborener Michelstädter, kam er sehr jung nach Frankfurt und wurde hier bald in Partei- und Gewerkschaftsorganisation hervorragend tätig. 1907 schickte ihn der Transportarbeiterverband, dessen Mitglied er war, nach Berlin, wo er jahrelang die Abteilung für Lohnbewegung des Hauptvorstandes leitete. Im Jahre 1917 wurde er in den Reichstag gewählt; dort nahm er sich der Beamten und Angestellten sowie der Arbeiter der Reichsbetriebe besonders an. Es folgte die Wahl in die Nationalversammlung und später in den preußischen Landtag. Seit 1919 war er Bürgermeister der Gemeinde Spandau und blieb es bis zur Eingemeindung dieser Stadt zu Groß-Berlin. In Spandau gründete er auch das "Spandauer Volksblatt".

Im Jahre 1933 gelang es ihm, sich der drohenden Überführung in ein KZ zu entziehen. Im Dienste des Parteivorstandes, dem er seit 1924 als Mitglied angehörte, übernahm er den Posten eines Gewerkschaftssekretärs in Nordböhmen. In dieser Eigenschaft mußte er die Verbindung zwischen dem nach Prag emigrierten Vorstand und den Mitgliedern im Reich aufrechterhalten und wiederholt "inkognito" nach Deutschland fahren - unter dem damaligen System eine lebensgefährliche Aufgabe, deren er sich mit Bravour entledigte. Als die Prager Zentrale im Jahre 1938 unter dem Druck der Engländer aufgelöst werden mußte - ein Vorspiel zur Friedenspolitik von München" - ging Stahl nach Schweden als Kontaktmann zu den schwedischen Gewerkschaften. Mit ihrer Hilfe gelang es ihm, in den Jahren 1945 bis 1948 große Lebensmittelsendungen nach Deutschland zu organisieren. Vor zwei Jahren kehrte er, leider als ein kranker Mann, in seine hessische Heimat zurück. Wir wünschen dem bewährten Freund baldige Wiederherstellung und weitere Jahre fruchtbarer Tätigkeit für die deutsche Arbeiterbewegung, der er von seiner Jugend bis ins hohe Alter mit Treue und Hingebung gedient hat.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler